

SHORT NEWS

Kreislaufwirtschaft: EU-Kommission plant Alleingang

(dw) - Durch die Einführung einer „économie circulaire“ oder, zu Deutsch, einer kreislaforientierten Wirtschaft könnten in Luxemburg jährlich zwischen 300 Millionen und einer Milliarde Euro eingespart und über 2.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das besagt eine Studie, die am Montag vom Wirtschaftsministerium vorgestellt wurde. In Brüssel stritt man diese Woche weiter darüber, wie eine solche Kreislaufwirtschaft auf europäischer Ebene gesetzlich geregelt werden soll. Die frühere EU-Kommission hatte eine entsprechende Richtlinie mit dem Ziel, ein besseres Abfallmanagement europaweit einzuführen, bereits im Juli vergangenen Jahres vorgelegt. Doch das Juncker-Team kündigte an, das Gesetz zurückzuziehen und einen „ehrgeizigeren“ Vorschlag zu machen. Dies löste großen Protest bei den EU-Umweltministern aus, die in einem Brief die Kommission baten, ihre Meinung zu ändern. Wütende Abgeordnete quer durch alle Parteien taten dasselbe in der Umwelt-Kommission des Parlaments. Doch die Kommission scheint sich über diese Opposition hinwegsetzen zu wollen. Am Mittwoch sprachen sich die EU-Minister im Allgemeinen Rat, die inzwischen aus nicht unmittelbar einleuchtenden Gründen das Dossier von den Kollegen des Ressorts Umwelt geerbt haben, ebenfalls für ein Beibehalten des Gesetzpakets aus. Sie taten dies jedoch auf eine etwas verwirrende Art und Weise. Zwar hieß der Rat in den Schlussfolgerungen das Arbeitsprogramm der Kommission als Ganzes gut, doch merkte er an, dass es bei einzelnen Gesetzen Divergenzen gebe und dass von der Kommission erwartet werde, das Paket zur Kreislaufwirtschaft nicht zurückzuziehen. Vizepräsident Frans Timmermans sah danach zwar davon ab, diese Rücknahme, wie ursprünglich geplant, in dieser Woche anzukündigen. Mehr aber auch nicht: Man habe, so eine Sprecherin der Kommission, die Position des Rates zur Kenntnis genommen, beabsichtige jedoch weiterhin, einen neuen Vorschlag vorzulegen. Timmermans selbst hatte Ende vergangener Woche, während einer Anhörung der Grünen, Vorwürfe, er handle im Interesse der Industrie und einer Deregulierung, zurückgewiesen. Er bat darum, ihm eine Chance zu geben. Den von verschiedenen Umweltgruppen geäußerten Verdacht, die Kommission werde auf einen neuen Vorschlag verzichten, wies er ebenfalls weit von sich und versprach zusammen mit Umweltkommissar Karmenu Vella, noch in diesem Jahr eine umfassendere und weitreichendere Version des Pakets vorzulegen.

Steuerflucht: Spezial- statt Untersuchungskommission

(dw) - Nicht immer müssen auf Worte Taten folgen. Im Europaparlament, wo sich Abgeordnete aller Parteien gerne kämpferisch zum Thema Steuerparadiese äußern, wollte man es offensichtlich doch nicht übertreiben mit der Jagd auf Steuerflüchtlinge. In einem ersten Anlauf hatten die Chefs der großen Parteien die Einführung einer Untersuchungskommission bereits erfolgreich verhindert. Offensichtlich wollte man vor allem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ersparen, vor dem Gremium aussagen zu müssen (siehe woxx 1304). Als die Fraktion der Grünen dann doch genug Unterschriften zusammengebracht hatte, um eine Untersuchungskommission zu beantragen, einigte man sich auf eine Alternative: Eine Spezialkommission, die deutlich weniger Rechte hat. Dieser Option schloss sich am Donnerstag eine Mehrheit in Straßburg an. Das Gremium wird sich mit tax ruling und ähnlichen Praktiken ab dem Jahr 1991 befassen und ebenfalls untersuchen, wie die Kommission mit Staatsbeihilfen in den Mitgliedstaaten umgeht. Der Spezialkommission gehören 45 Mitglieder an, sie wird von dem Franzosen Alain Lamassoure (UMP) geleitet, und mit Frank Engel (CSV) wird ihr auch ein Luxemburger angehören.

AKTUELL

STRAFVOLLZUG

Konzeptionslos

Anina Valle Thiele

Anlässlich der Vorstellung zweier Berichte fand Lydie Err deutliche Worte in Bezug auf die Zustände im geschlossenen Strafvollzug. Sie fordert den Ausbau alternativer Strukturen und mehr Transparenz.

An Alternativen zum Wegsperrern sogenannter Straftäter und von der Gesellschaft zu „Kriminellen“ stigmatisierter fehlt es leider noch immer. Statt etwa die elektronische Fußfessel einzusetzen, die es in Luxemburg bereits seit 2007 gibt und die noch immer als Provisorium eingesetzt wird - dabei Häftlingen zumindest ein partielles Maß an Autonomie erlaubt - konkurrieren Strafvollzugsanstalten scheinbar in Methoden der Repression. Oder ist es einfach nur der Plan- und Konzeptlosigkeit der zuständigen Ressortminister zu verdanken, dass sich an den Zuständen in Schrassig, das nach wie vor ein Sammelbecken für Häftlinge und Minderjährige ist, noch immer nichts geändert hat?

In ihrer Funktion als externe Kontrolleurin für Einrichtungen, in denen Menschen Freiheitsrechte entzogen werden, als „Wächterin“ über Menschenrechte in geschlossenen Einrichtungen (siehe woxx 1208) und damit externe Kontrollinstanz (neben ihrer Rolle als Mediatorin) hat Lydie Err diese Woche die Ergebnisse zweier Berichte vorgestellt, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. So stellt Err in Bezug auf die „Unité de Sécurité“ (Unisec) fest, dass der hochmoderne Bau als Teil der Jugendhaftanstalt in Dreiborn zwar fertiggestellt sei, doch es gänzlich an einem Konzept fehle. „Es ist immer noch nicht klar, für wen die Unisec eigentlich vorgesehen ist“ meinte Err anlässlich ihrer Pressekonferenz. Auch an einer gesetzlichen Grundlage mangle es. Jugendliche landen so zum Teil noch immer in Schrassig, was ihre Kriminalisierung nicht selten befördern dürfte. Dass Minderjährige im berüchtigten Schrassiger Sammelknast nichts zu suchen haben, hatte Err bereits vor zwei Jahren klargestellt.

Neuer Jugendknast, kein Konzept

Und auch das „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK) äußerte sich im vergangenen Jahr in einem Avis besorgt in Bezug auf die Unterbringung von Minderjährigen im Unisec - noch fehle es an einer gesetzlichen Grundlage und an qua-

lifiziertem Sicherheitspersonal. Wie dieses rekrutiert werden soll und welche Ausbildung dafür nötig ist, steht ebenfalls in den Sternen. Zwar sei die Unisec ursprünglich dazu gedacht, Jugendliche zu schützen, so die öffentliche Rhetorik zur Rechtfertigung des präventiv gebauten Jugendknastes, doch scheint der Konsens darüber, eine weitere geschlossene Einrichtung zu errichten, Vorrang vor konzeptionellen Überlegungen gehabt zu haben. Denn auch aus dem Gesetzesentwurf von Claude Meischs Vorgänger Spautz geht nicht hervor, für wen die hochmoderne Struktur eigentlich vorgesehen ist. So steht der für zwölf Plätze vorgesehene schicke Bau derzeit leer. Lydie Err appellierte auch an Ressortminister Meisch, den Gesetzestext schnellstmöglich auszuarbeiten.

Ihre Empfehlungen von 2012 für den Jugend-Strafvollzug in Schrassig und Dreiborn seien hingegen größtenteils umgesetzt worden, lobte Err. So sei das medizinische Personal aufgestockt und getrennte Toiletten für die Isolationshaft geschaffen worden. Dass die Dauer der Einzelhaft allerdings noch immer nicht von zehn auf drei Tage herabgesetzt wurde, obwohl die weiße Haft nicht nur Menschenrechten zufolge nur als Ultima Ratio angewendet werden dürfe, sei allerdings ein Missestand, der dringend behoben werden müsse. Auch die Weiterbildung des Personals in Sachen „Gewaltprävention“ und die Sexualaufklärung der Insassen ist nach Ansicht der Bürgerbeauftragten noch immer mangelhaft. In Bezug auf die Streichung des Ausgangs für Jugendliche fordert die externe Kontrolleurin mehr Transparenz, erfolge diese Sanktion doch bis dato über ein relativ undurchsichtiges Punktesystem.

Darüber hinaus wies Lydie Err auf die Situation besonders gefährdeter Randgruppen im geschlossenen Strafvollzug hin. Suchtkranke (rund ein Drittel), Homo- und Transsexuelle, Nicht-EU-Bürger, die keine der drei Landessprachen beherrschen, sowie insbesondere ältere Menschen gehören ihr zufolge zu den besonders von Stigmatisierung betroffenen Gruppen. Gerade für Letztere sind bisher keinerlei geriatrische Strukturen vorgesehen, noch besteht ein Angebot an sportlichen und alternativen Aktivitäten. Entsprechend forderte Err, die Einrichtung und den Ausbau von Therapieangeboten - auch für psychisch kranke Menschen.

visitez notre site internet
www.woxx.lu